

Diermeier, Matthias; Hentze, Tobias; Niehues, Judith

Research Report

Mehrheit für Ausnahmen von der Schuldenbremse: Konsens möglich

IW-Kurzbericht, No. 22/2025

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Diermeier, Matthias; Hentze, Tobias; Niehues, Judith (2025) : Mehrheit für Ausnahmen von der Schuldenbremse: Konsens möglich, IW-Kurzbericht, No. 22/2025, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/313556>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Mehrheit für Ausnahmen von der Schuldenbremse: Konsens möglich

Matthias Diermeier / Tobias Hentze / Judith Niehues, 27.02.2025

Vier von zehn Befragten sind dafür, die Schuldenbremse zu lockern. Hinzukommen weitere 36 Prozent, die zwar grundsätzlich eine Beibehaltung wünschen, die Schuldenbremse jedoch für bestimmte Aufgabengebiete öffnen wollen. Zwischen den Parteianhängern variieren zwar die Präferenzen, bei Infrastruktur, Bildung und Klimaschutz gibt es aber Überschneidungen.

Die Ampel-Koalition ist am Aufstellen des Bundeshaushalts für 2025 und an den unterschiedlichen Positionen zur Einhaltung der Schuldenbremse gescheitert. Die kommende Regierung steht unmittelbar vor der Aufgabe, einen rechtssicheren und ökonomisch zukunftsweisenden Haushalt aufzustellen. Dabei stellt sich nach der Neujustierung des transatlantischen Verhältnisses gerade mit Blick auf die sicherheitspolitische Rolle Deutschlands die Frage nach dauerhaft höheren Verteidigungsausgaben. Beträchtliche Mehrausgaben wären im Rahmen der geltenden Schuldenregeln jedoch haushaltspolitisch kaum abzubilden.

Für eine Reform der Schuldenbremse oder ein entsprechendes Sondervermögen bräuchte es eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag. Die Mandatsverteilung nach der konstituierenden Sitzung des neuen Bundestags (spätestens am 25. März) ergibt eine solche Mehrheit nur, wenn neben Union, SPD und Grünen auch Linkspartei oder AfD zustimmen. Denn Union, SPD und Grüne werden zusammen 65,55 Prozent der Abgeordneten stellen. Vor diesem Hintergrund wurde auch eine

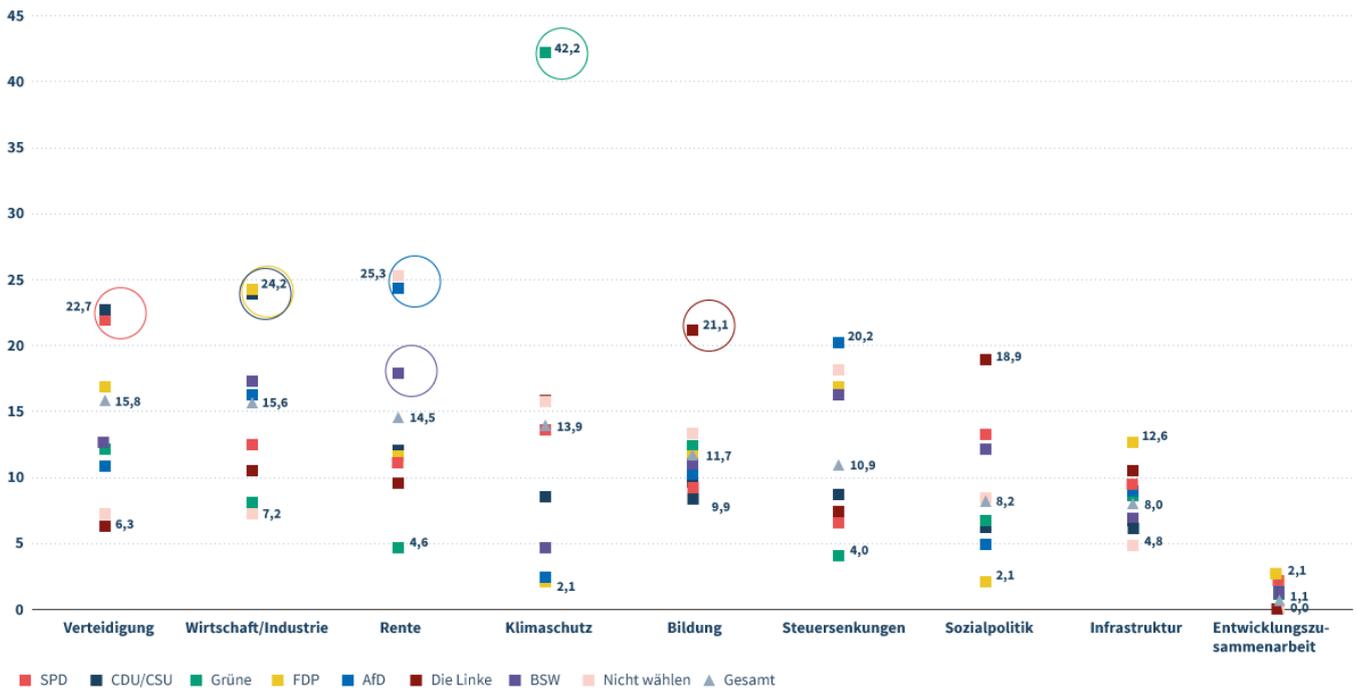
Abstimmung des „alten Bundestags“ ins Gespräch gebracht, in dem Union, SPD und Grüne noch über eine Zwei-Drittel-Mehrheit verfügen. Somit stellt sich die Frage, inwieweit es im Umgang mit der Schuldenbremse Schnittmengen zwischen den Parteien gibt.

In der IW-Personenbefragung im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 (Datengrundlage siehe Kasten) wurde die Zustimmung zur Schuldenbremse bei den Wählern empirisch vermessen. Mit 41,3 Prozent findet sich zunächst keine Mehrheit für eine Lockerung der Schuldenbremse (48,6 Prozent gegen lockern; Rest: „weiß nicht“). Drei von vier Befragten, die zunächst allgemein für die Beibehaltung der Schuldenbremse votieren, benennen in einer Folgefrage jedoch mindestens ein Themenfeld, für das die Politik die Schuldenbremse doch lockern sollte. Damit sinkt der Anteil der uneingeschränkten Befürworter der Schuldenbremse auf 12,6 Prozent (lockern: 77,3 Prozent; Rest: „weiß nicht“). Schon vor dem sicherheitspolitischen Turnaround der USA nannten die Befragten am häufigsten die Verteidigungsausgaben als Grund für eine Schuldenbremsenreform (15,8 Prozent; Abbildung).

Bei den Sympathisanten der **Union** ist die wirtschaftliche Entwicklung ausschlaggebend. Zusammengekommen nennt jeder Dritte Wirtschaft/Industrie oder Steuersenkungen als wichtigsten Grund für eine Lockerung der Schuldenbremse; 58 Prozent nennen Wirtschaft/Industrie und 35 Prozent Steuersenkungen unter den drei

Wichtigster Grund zum Lockern der Schuldenbremse

Anteile unter denjenigen, die die Schuldenbremse lockern möchten, in Prozent



N=2.524; nach Sonntagsfrage; nicht abgebildet: „weiß nicht“, „andere Partei“, „Freie Wähler“.

Quelle: IW-Personenbefragung im Online-Access Panel von Bilendi&responDI, quotenrepräsentativ nach den Merkmalen Alter/Geschlecht, Wohnort nach Bundesland und Einkommen; Befragungszeitraum: 10.-18. Dezember 2024

Bereichen, die am ehesten gestärkt werden sollten. Für diesen Themenkomplex bietet die Union Bürokratieabbau, bessere Arbeitsanreize und Steuersenkungen an (CDU/CSU, 2025). Isoliert betrachtet knapp an erster Stelle stehen jedoch die Verteidigungsausgaben als Lockerungsgrund – passend zum Parteiprogramm. Die Verteidigung steht auf der Prioritätenliste für zusätzlichen Ausgabenspielraum auch bei Anhängern der **SPD** ganz oben. Das entspricht dem Wahlprogramm nur mit Einschränkungen (SPD, 2025). Bezüglich Waffenlieferungen an die Ukraine war Bundeskanzler Olaf Scholz zurückhaltend, was auch programmatisch hinterlegt ist. Sozialpolitik (13 Prozent) und Rente (12 Prozent) erreichen unter den SPD-Anhängern zusammen betrachtet den höchsten Wert unter den Mitte-Parteien. Im Vergleich zur Unionsanhängerschaft, die stärker auf die private Wirtschaft setzt, messen SPD-Anhänger dem Sozialstaat eine größere Bedeutung bei.

Übereinstimmend zum Wahlprogramm sehen die Anhänger der **Grünen** den Markenkern, den Klimaschutz, mit Abstand auf Platz eins. Ausnahmen der Schuldenregeln für Rente und Sozialpolitik fordern wenige: Nur gut jeder Zehnte setzt eins der beiden Felder auf Platz eins

– der niedrigste Wert aller Parteien. Auch unter den drei wichtigsten Bereichen wählen mehr Grünen-Anhänger Bildung (49 Prozent) und Verteidigung (37 Prozent) als den Bereich Sozialpolitik (33 Prozent) und Rente (18 Prozent). Dabei legt das Programm einen starken Fokus auf die Sozialpolitik (Bündnis90/Die Grünen, 2025).

Die stärkste Zustimmung zu den aktuellen Schuldenregeln findet sich unter den **AfD**-Anhängern, passend zum Bekenntnis der Partei zur Schuldenbremse (AfD, 2025). Trotzdem benennen mehr als zwei Drittel der Anhänger ein Politikfeld, für eine Lockerung. Ganz oben steht für fast jeden Vierten dieser Gruppe die gesetzliche Rente (60 Prozent wählen dies unter den drei wichtigsten Bereichen) – Sozialpolitik rangiert ganz am Ende. Beliebt sind zudem eine Stärkung der Wirtschaft/Steuersenkungen (36 Prozent). Der Bereich Wirtschaft/Steuern spielt für die **Linken**-Anhänger eine untergeordnete Rolle, vorne liegt der Bereich Bildung. Die geringste Zustimmung unter allen Anhängerschaften findet sich bei den Verteidigungsausgaben – passend zum Programm (Die Linke, 2025).

Auch wenn es deutliche Unterschiede bei den Motiven für eine Flexibilisierung der Schuldenbremse gibt, zeigt

sich in der IW-Personenbefragung bei den Anhängern aller künftig im Bundestag vertretenen Parteien eine grundsätzliche Zustimmung zu einer Erweiterung des fiskalischen Spielraums. Bei SPD, Grünen und Linke passt dies zu den Wahlprogrammen, in denen die Reform der Schuldenbremse angestrebt wird. Die Union möchte an der Schuldenbremse festhalten, lässt aber Diskussionsbereitschaft mit Blick auf die Bundesländer (aktuell kein struktureller Verschuldungsspielraum) sowie bestimmte Sondervermögen erkennen. Die AfD lehnt in ihrem Wahlprogramm jede Änderung ab.

Eine Einigung zwischen Union, SPD, Grünen und Linken dürfte jedoch nicht einfach werden, da sich für die fiskalisch relevanten Bereiche Verteidigung und Wirtschaft/Steuersenkungen gerade Linksaußen wenig Zustimmung findet. Veränderungen mit einer solchen Stoßrichtung wären nur in der alten Zusammensetzung des Bundestags mehrheitsfähig, sofern Union, SPD und Grüne ihre Zwei-Drittel-Mehrheit dazu nutzen sollten. Bei den besonders aus der Wissenschaft geforderten Investitionen in die Infrastruktur (Hüther, 2025: Tabelle 1-1) scheint dagegen im neu gewählten Bundestag eine Verständigung möglich. Zwar sehen nur acht Prozent der Befragten Infrastrukturausgaben als wichtigsten Grund für das Lockern der Schuldenbremse, aber etwa jeder Dritte Anhänger von Union, SPD, Grüne und Linke nennt diesen Bereich unter den drei wichtigsten Motiven. Weitere Anknüpfungspunkte wären Bildung und Klimaschutz. Beide Kategorien zählen bei Anhängern von Linken und Grünen als zukünftig wahrscheinliche Oppositionsparteien überdurchschnittlich häufig zu den drei wichtigsten Lockerungsgründen. Allerdings fällt die Priorisierung bei der Union für Klimaschutz und bei der SPD für Bildung etwas ab.

Aus ökonomischer Sicht kommt es darauf an, wofür Kredite aufgenommen werden. Investitionen in Infrastruktur und Transformation rechtfertigen ordnungspolitisch eine Kreditfinanzierung, da sie zumeist künftigen Generationen nutzen. Dies gilt auch für Investitionen in Bildungseinrichtungen und Forschungslandschaft. Die teils stark konsumtiven Präferenzen der Wähler unterstreichen, dass bei der Diskussion um die Schuldenbremse oder der Einrichtung eines Sondervermögens eine klare Begrenzung auf Zukunftsausgaben sichergestellt werden sollte. Die Analyse der Parteianhänger zeigt zudem, dass im neu gewählten Bundestag

konsensfähig sein könnte, über die geltenden Regeln hinausgehende Kredite ausschließlich für Nettoinvestitionen zu erlauben, die den Kapitalstock erweitern und nicht lediglich der Erhaltung dienen.

Literatur

SPD, 2025, Regierungsprogramm. Beschlussfassung, außerordentlicher Bundesparteitag 2025 am 11. Januar 2025, Berlin

CDU/CSU, 2025, Politikwechsel für Deutschland. Wahlprogramm von CDU und CSU, Berlin

Bündnis 90/Die Grünen, 2025, Zusammenwachsen. Regierungsprogramm 2025, Entwurf des Bundesvorstands, Berlin

AfD, 2025, Zeit für Deutschland. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag, Berlin

Hüther, Michael, 2025, Eine Agenda für die neue Legislaturperiode. Wettbewerbsfähigkeit und Transformation, IW-Policy Paper, Nr. 1, Köln

Die Linke, 2025, Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025, Berlin

Datengrundlage

Die Auswertungen basieren auf der *IW-Personenbefragung*, in der vom 10. bis zum 18. Dezember 2024 3.288 Menschen ab 18 Jahren in Deutschland befragt wurden. Die Befragung im Online-Access Panel von Bilendi&respondi ist repräsentativ quotiert nach den Merkmalen Geschlecht/Alter (Kreuzquote), Wohnsitz nach Bundesländern sowie dem Haushaltsnettoeinkommen. Befragte, die fehlerhaften Angaben in einer Kontrollfrage gemacht haben oder die Befragung zu schnell („Speeder“) abgeschlossen haben, werden nicht berücksichtigt. Die valide Nettostichprobe umfasst 3.267. Befragte mit einer Hochschulzugangsberechtigung sind überrepräsentiert, solche ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss in der validen Nettostichprobe unterrepräsentiert. Die Nutzung von entsprechenden Anpassungsgewichten führen zu qualitativ vergleichbaren Ergebnissen. Für die Berechnungen wurde das ungewichtete Grundsample verwendet.